

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

Erscheinet Dienstags. Redaktion: „Schuh“ Sonntags.
Dienstliches Abonnement: 1,50 RM. Für Nicht-
mitglieder nur Postfreies. Anzeigenpreis: Die ein-
malige Nonpareilleiste (Nichtberufliche ausgeschlossen)
0,40 RM. Stellenvermittlungsanzeigen der Hälfte.

Zugleich Publikationsorgan
der Zentralkrankt- und Sterbekasse der Schuhmacher
(Sitz Hamburg 6)

Dienstliches Abonnement: Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fern-
sprecher 24403. Anzeigenannahme und Redaktion:
Nürnberg 4 (Westfalen). Verkaufsstelle: Elisenstraße 1.
Eingangnummer: 15 ADL. Zahlungen für Interesse über
Postkasse. Abzug: „Der Schuhmacher“ Nbg.

Nummer 50

Nürnberg, den 9. Dezember 1930

44 Jahrgang

Die Aussichten für die Preissenkung

Dem Sinken der Weltmarktpreise wird aller Vor-
ausicht nach auch in Deutschland einmal eine Prei-
senkung folgen müssen. Der Groß- und Klein-
handel allerdings gilt zum Teil auf seinen Lagerbeständen.
Er möchte nicht die Anfangsverluste, d. h. er braucht
noch zu lange auf dem Handelsmarkt verblieben zu haben,
zu überbrücken. Er freut vorerst darauf, den Schaden,
zu tragen ist auf andere abzuwälzen.

Man hat das Arbeitsinkommen gesehen. Es dreht sich
nunmehr darum, zu erreichen, daß es ein Verhältnis und
die Preisreduzierung nicht mehr gibt. Aber wie gelingt, be-
steht die Gefahr, daß die Zentrale der Gesetzestafeln nicht bis
zum letzten Verbraucher durchdringt. Schon bei den Na-
tionalisierungsmassnahmen, die die Gesetzestafeln wesentlich
veränderten, hat sich die Preissenkung nicht so durchgesetzt als man
erwartet hatte. Sollte nun aller Radikalität darauf
gelegt werden, die Verteilungskosten und Handels-
spanne zu verringern.

Was ist die Bedeutung der Preissenkung? Diese
Frage muß gestellt werden, wo, wie es scheint, die Ergebnisse
der Preisreduzierung einen Erfolg gezeigt haben, den
unter allen anderen nicht mehr. Man kann keine Arbeitser-
barmenlichkeit der Unternehmungen nicht steigern und einen Antrieb für
einen Konjunkturaufschwung schöpfen. Und die andere, die
Preissenkung und nur diese, kann zur Einführung neuer Ar-
beitskräfte verhelfen, indem sie Kapital freiheit und dadurch
die Steigerung der Produktion ermöglicht. In Wirklichkeit
ist die Preissenkung in der Tat ein Mittel für die Belebung
der Wirtschaft, falls sie geeignet ist, den heute danebenliegenden
Abfallpreis im Konjunkturindustrie zu erweitern. Da der Hauptbedarf der
Abfallpreis im Konjunkturindustrie liegt, so führt nur
ein solcher Preiswechsel, der die Belebung dieser
Industrie ermöglicht, die dann ihrerseits den Produktionsmittelherstellern vermehrt zu geben ver-
mögen. Ein weiterer Vorbehalt gegenüber der Prei-
senkung ist, daß dies selbst durch keinen Erfolg
nicht den ganzen Gewerbebetriebserfolg fördern könnte, weshalb
die Erfüllung der Arbeitszeitverkürzung zur Unterbringung
der Arbeitslosen unter allen Umständen geboten ist.

Die erste Frage, die sich uns bei der Preisreduzierung der
Regierung und den Gemeinden auftaucht, ist die folgende:
Wie kommt es, daß die Preise trotz Zwangsma-
ssnahmen weniger sinken als bei anderen Kreisen ohne solchen
Zwang? Denn in allen früheren Kreisen sind die
Preise stets in großem Ausmaß gesunken, in größerem Aus-
maß als die Einnahmen der Richtunternehmer. Die Antwort
auf diese Frage vermag uns auch über die Aussichten der
Preissenkung einigen Aufschluß zu geben. Tatsächlich die
Preise, das heißt nicht, wie behauptet wird, mit der geringen
Beweglichkeit der Löhne gegenüber früher zusammen, sondern
in unmittelbarer Weise:

a) Preisreduzierung der agrarischen Produkte durch die Ge-
setzgebung.

b) Das Bördringen der Kartelle und anderer Monopole,

c) der veränderten Lagerhaltungspolitik,

d) der Errichtung der Handelszuschläge.

Sozial in der Wirtschaft viele Konkurrenz besteht, geben
die Preise in Kreisgruppen gewöhnlich rasch nach. Biele Unter-
nehmungen müßten ihre Lagerbestände loslösen, weil sie in
Kreisgruppen keine Kreide zu deren Durchhaltung von den
Banken erhalten. Sie können sich zu einer dauernden Pro-
duktionsbeschränkung, um den Anteil an ihren General-
umfunktionen erhöht und ihre Konkurrenzfähigkeit vermindert,
sicher entscheiden. Deshalb müssen sie, um den zusammen-
gebrückten Ablag zu erreichen, mit ihren Preisen her-
untergehen. Die Konkurrenz zwängt dann die anderen Unter-
nehmen, die Preissenkungen weiterzutreiben.

Heute ist es in wentschlichen Punkten anders geworden,
wenngleich auch der gegenwärtige Krieg einen Leidenszustand zur
Preissenkung innerwirkt. Da die Börsenkurse im Hause des
Weltmarkts im Hinblick auf die Konkurrenz des Auslandes finanziell
und der Beschaffung entstand eine radikale
Änderung der Geschäftswelt. Produktion und Handel leben
der Hand in den Mund. Es gibt keine großen Lager-
bestände, die man mit großer Preisabsenkung loslöschen
möchte. Das Bördringen der Kartelle führte zum
Erklären der Preise der von den Kartellen hergestellten Pro-
dukte. Marktbeherrschende Kartelle vermögen die Produktion
einschränken. Nur werden deren Gewinne durch die schlechtere
Ausnutzung der Anlagen geschmäler, trocken ziehen sie
es vor, bei steilem Umlauf geringere Gewinne zu erzielen
als im Hinblick auf eine unifizielle Absatzbelastung die Produktion
durch Preissenkungen zu erweitern.

Der Handel aber ist häufig kaum in der Lage, eine ration-
ale Preissenkung vorzunehmen. Vornehmlich als Folge
der Nationalisierung ist der Handelsapparat über-
mäßig aufgebaut. Bei den sinkenden Umläufen ist ein großer
Teil dieses Einzelhandels kaum in der Lage, die Preisspanne
zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreis erheblich zu
senken.

(Fortsetzung siehe Seite 2)

Die fixen Kosten werden beim Einzelhandel anders
als bei den Kartellen und bei dem Handel. Auch bei den
Kartellunternehmungen sind die fixen Kosten angreifbar, der
höchstgewichtige Anlagen in den rationalisierten Betrieben
hingegen nicht. Er möchte nicht die Anfangsverluste, d. h. er braucht
noch zu lange auf dem Handelsmarkt verblieben zu haben,
zu überbrücken. Er freut vorerst darauf, den Schaden,
zu tragen ist auf andere abzuwälzen.

„Es gelingt“, erfüllt Dobschütz verputzt, „daß die Preise
gegen 20 Prozent beträgt, so wollen sie die Preise
gewöhnlich auf 10 Prozent mit 2 Prozent herabsetzen,
obwohl sie folgende der im anderen Produktionszweigen vor-
genommenen Verbesserungen ihre Vorprodukte im Inland
billiger kaufen, bzw. die infolge der Weltwirtschaftskrise bili-
gieren einzuführen können. Bei andern verbünden vielleicht ihre
unbegrenzten Ressourcen, wie Zulieferer und Zulieferer die volle Um-
setzung der Rohstoffpreise in eine Preissenkung. Sie sind nicht
bereit, wie das bisher in jeder Krise der Fall
war, zunächst Verluste auf sich zu nehmen, um dann bei Er-
weiterung des Absatzes die wieder in Gewinne umzu-
wandeln.“

Für die Arbeiterschaft bedeutet selbst eine solche all-
gemeine Preissenkung, die der allgemeine Lebensaufwand ent-
spricht, zweifellos einen großen Verlust. Sie muss nämlich
ihre ganze Lohnentlastung selbst tragen, während an der Preis-
entlastung nicht nur sie, sondern auch die anderen Anteile teil-
nehmen. Wenn z. B. sowohl Löhne und Gehälter wie Preise
im Wirtschaft um 2 Milliarden Mark gesenkt werden, so
kommt die Preisentlastung allein nicht aus, da beide den Arbeit-
nehmerpreis tragen, par ändern halb den produzierten oder
persönlichen Konsum der Unternehmer und der Rentner. Die
Arbeiter können dennoch, im Falle, daß die allgemeine Preis-
entlastung gleich hoch wie die Lohnentlastung ist, nicht so viel wie
früher kaufen. Nur wenn die Lebenshaltungskosten, die für
die Preise für die Waren und Dienstleistungen, die für den
Haushalt des Arbeitnehmers von Belang sind, in gleichem
Umfang wie die Löhne herabgesetzt werden, bleibt ihre Kauf-
kraft unverändert.

Wenn nun immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der
Lebensaufwand in England seit einem Jahre um 5 Pro-
zent bereits gesunken und dementsprechend der Real-
lohn seither gestiegen ist und folglich sowohl Spielraum für
Rohstoffpreise vorliegt, so ist diese Betrachtung schon
höchst irrealistisch, da in diesem Jahre das gesamte Roh-
stoffangebot durch Abschaffung von Überhöhung durch die
Kurzarbeit erheblich gesunken ist als die Lebens-
haltungskosten. Die angebliche Erhöhung des Reallohnes
wurde nicht durch den Konsum des Nominalinkommens mehr als
völlig kompensiert.

Wenn nun immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der
Lebensaufwand in England seit einem Jahre um 5 Pro-
zent bereits gesunken und dementsprechend der Real-
lohn seither gestiegen ist und folglich sowohl Spielraum für
Rohstoffpreise vorliegt, so ist diese Betrachtung schon
höchst irrealistisch, da in diesem Jahre das gesamte Roh-
stoffangebot durch Abschaffung von Überhöhung durch die
Kurzarbeit erheblich gesunken ist als die Lebens-
haltungskosten. Die angebliche Erhöhung des Reallohnes
wurde nicht durch den Konsum des Nominalinkommens mehr als
völlig kompensiert.

Die Schlußfolgerung lautet dennoch, daß, soll der Absatz

gewahrt werden, nicht bei der Rohstoffentlastung der An-

lang gemacht werden darf. Angesichts der Schwierigkeiten der

Entlastung der Preise für Konsumgüter und der Lebenshal-

tu

tungskosten droht der Verlust, die Löhne zu senken, in der

Erwartung, daß die Preissenkung und die Entlastung der

Lebenshaltungskosten in vollem Umfang nachholen werden,

mit einer Verschärfung der Absatzkrise.

Heraus aus der Arbeitslosigkeit!

Die Diskussion über die Arbeitszeitverkürzung

II

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Vorstellung der
Gesetzestafeln, durch eine Arbeitszeitverkürzung auf einen
Absatzzeitraum der Tagesarbeitszeit folgend, die
Unternehmungen aus dem Zeitraum auf die Wiederherstellung in der
Durchführung dieses Vorstages verzerrt. Die Wider-
schein der Regierung der in letzter Zeit bekanntgewor-
denen Ausführungen vorwegzunehmen, es enthalten diese
Ausschreibungen nichts, was die Förderung der freien Gewer-
beschaffung entkräften oder widerlegen kann.

Gegen die Arbeitszeitverkürzung wird grundsätzlich vorge-
bracht, sie sei nicht geeignet, sämtliche Arbeitslosen in der Pro-
duktion unterzubringen. Zahl viele Tinte wurde für den Be-
wurf dieser Tatsache verbracht, obwohl sie von niemanden
beweisst wird. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedarf-
es noch einer ganzen Anzahl wirtschaftspolitischer Maßnah-
men, wie Abbau des Monopols, sozialer Kapitalver-
teilung, Einführung der Arbeitszeitverkürzung. Ein Argument gegen die Arbeitszeitverkür-
zung läßt sich jedoch daraus nicht ableiten.

Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Arbeitszeitver-
kürzung mit oder ohne Rohstoffausgleich gehen vornehmlich davon
aus, daß in einer Wirtschaftsbewirtschaftung auf einen
Überschuss an Arbeit, für die die Arbeitszeitverkürzung vorgesehen ist, kein
Mittel erforderlich sind, solche Preise und Lohnentlastung. Wie es
in einem Aufsatz von Dr. W. Windfuhr, „Der Deutsche Wirt-
schaft“ vom 24. Oktober heißt: „Eine allgemeine Arbeitszeitver-
kürzung als Ergebnis einer Wirtschaftsdepression ist ein ökono-
mischer Widerprall.“ Windfuhr und die anderen, die das
fordern, wollen nicht feststellen, daß die gesuchte Arbeitszeitverkürzung
an den Kreisgruppen hat, ob die wirtschaftlichen Kreisen.

Sie ist nicht nur eine konjunkturelle, sondern auch eine
strukturelle. Bei einer gewöhnlichen Krise, wie könnte immerhin
unter Umständen auf die Tagesarbeitszeit verhältnismäßig leicht
eine gesetzliche Krise, ist aber durch konjunkturelle Momente
bedingt, daß man nicht mit einer gewöhnlichen Krise rechnen kann. G. ill die
Arbeitszeitverkürzung nicht, wenn es sich um die
Förderung der Arbeitszeitverkürzung im Prozeß der Nationalisierung
bereits erfolgt, als die Leistungsfähigkeit weit über die
Konkurrenz hinaus ausgedehnt wurde. Wenn handelt es sich
um die arbeitsmarktmäßige Korrektur dieser gigantischen
Arbeitslosigkeit?

Der „Kombund“ des Organ des von den Großgrund-
besitzern geleiteten landwirtschaftlichen Verbands ist gegen die
Arbeitszeitverkürzung als grundsätzlicher Gegner der Monop-
olwirtschaft. Der „Kombund“ aufsöldet darf man offenbar einen
großen Einfluß auf die Gewerkschaften und Parteien verschieben
und alles im Inland selbst herstellen, modus kann für jeden
Arbeitsgelegenheit geholfen wird. Der „Kombund“ der auf
diese Weise drei Millionen Industriearbeiter in der Landwirt-
schaft Arbeitseigentum erhalten will, protestiert entzweit gegen
das Programm der preußischen Regierung, die zugunsten der
deutschen Landarbeiter einen Bruttogehalt von 10 000 (1)

völligen Landarbeiter versteht will.

Von der Arbeitszeitverkürzung ohne Rohstoffausgleich befürchten
ihre Kritiker eine für die Industrie ungünstige Wirtschafts-
lage. Der Verbrauch der Arbeitsmänner, die in
den Betrieben eingestellt werden, an Nahrungsmitteln dürfte

